

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herenträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

Erseint:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag früh 7 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Nr. 72.

Donnerstag den 8. Mai.

1879.

Für die Monate Mai und Juni werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 84 resp. 80 Pf. von allen Postämtern, Postboten, sowie in der Expedition entgegen genommen.
Anzerate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.

Des Reichskanzlers Versprechungen und Forderungen.

Der Reichskanzler hat in der Rede, mit welcher er neulich im Reichstag die Generaldebatte über die wirtschaftlichen Vorlagen einleitete, mit einigen kräftigen Grundgedanken sein Steuerprogramm entwirft. Dasselbe bewegte sich freilich in den Grenzen der Freiheit, die man schon zu wiederholten Malen vom Reichskanzler hat vortragen hören, trieb aber das System bis auf die äußerste Spitze. Wenn die Pläne des Fürsten Bismarck sich verwirklichen ließen, so hätten wir bald so gut wie gar keine direkten Steuern mehr. Grundsteuer, Gewerbesteuer, Klassensteuer, Einkommensteuer, Alles will der Fürst mit der Zeit abschaffen. Nur noch einzelne wenige reiche Leute, die Einnahmen von über 6000 Mark haben oder deren einziges Geschäft im Couponabschneiden besteht, sollen direkte Steuern bezahlen, Beamte von vornehmer steuerlicher Stellung sein. Fürwahr ein schönes Bild, das gar Manchen verlocken wird, welchem Steuerheber und Erzeuger das Leben sauer machen. Der Bauer insbesondere wird die Rede des Reichskanzlers, die nicht müde wird, von dem Druck der Landwirtschaft und den Erleichterungen, die diesem Gewerbe geboten werden müssen, zu sprechen, mit Beifall vernehmen. Vielleicht war sie auch vorzugsweise berechnet, im Lande draußen gehört zu werden und Stimmung zu machen. Es ging ein gewisser Ton hindurch, wie er sonst Wahlmanifester eigen ist. Wer kann auch wissen, ob nicht noch in diesem Sommer neue Wahlen zum Reichstag nötig werden! Jedenfalls stehen die Wahlen zum preussischen Landtag dicht bevor. Das Steuerprogramm des Reichskanzlers, das so verlockende Erleichterungen in Aussicht stellt, hat aber auch seine Rehrseite. Was mit der einen Hand erlassen wird, das wird mit der andern doppelt und dreifach gefordert. Die Entlastung an direkten Steuern soll ermöglicht werden durch ein schrankenloses Anspannen der indirecten Steuern. Was jetzt vermittle des neuen Zolltarifs, des Tabak- und Branntweinsteuerursprungs verlangt wird, ist nur das Vorbild und die Einleitung zu weiteren Schritten auf dieser Bahn. Denn wenn man sozujagen Alles, woraus die Staatsverwaltungen bisher ihre Bedürfnisse deckten, abschaffen will, so müssen ganz ungeheure Summen auf andere Weise zusammengebracht werden. Das Reich soll, nach dem Ideal des Fürsten Bismarck, das ihm zulebende Steuergebiet, die Zölle und Consumtionsartikel, in dem allerweitesten Umfang ausnutzen, so daß sich ein großer Ueberschuß aus der Reichskasse über die Einzelstaaten ergießen kann. Allein die Folgen einer so unmäßigen Ausbeutung des indirecten Steuerwesens würden sich bald genug fühlbar machen. Man plestet freilich zu Gunsten desselben zu sagen, die Steuerentrichtung finde in so kleinen Dosen und so allmählich statt, daß der Steuerzahler kaum etwas von der Abgaspung merke. Allein wir wollten einmal sehen, ob die Last nicht

beiden Mächten geantwortet haben, daß er diesen Vorschlag dem Ministerconceil unterbreiten werde. Das heißt so viel, als die Angelegenheit auf die lange Bank schieben, wovon der Khevide allein den Nutzen hat.

Politische Uebersicht.
Die russische Polizei verhaftet die Verdächtigen ohne Unterschied des Standes und gerade in der letzten Zeit sind viele hochgestellte Persönlichkeiten eingezogen worden. In der Nacht vom 24. auf den 25. v. M. wurde der Staatsrath, Senator und Rechtsanwalt Staffow verhaftet, ebenso wurde Pytkin, einer der Directoren der Staatsbank, von den Polizisten aus dem Bette gehoben und in die Citadelle abgeführt; dasselbe geschah auch mit seinem Bruder, Jaminsky, Professor der Botanik an der Universität, ferner dessen Bruder, Professor der Musik am Conservatorium, Brufow, Director des Karinsischen Gymnasiums, Darowitsch, Titular-Rath und Beamter im Finanzministerium, und noch eine große Zahl anderer distinguirter und den besten Kreisen angehöriger Personen wurden in derselben Nacht nach dem Polizei-Gefängnis geschafft. Wie die Nihilisten eine ganze sächsische Bevölkerung durch Terrorismus beherrschen können, davon liefert Scharlow einen eloquenten Beweis. Die Bevölkerung der genannten Stadt ist stark mit nihilistischen Elementen gemischt und es lag deshalb der Regierung daran, durch Anfertigung einer neuen Bevölkerungsliste eine bessere polizeiliche Controle der verdächtigen Individuen zu ermöglichen. Die sächsische Verwaltung wurde daher vom Gouverneur mit der Anfertigung der neuen Seelenliste beauftragt, sie lehnte aber diesen Auftrag unter dem nichtigen Vorwande ab, daß die Stadt kein Geld zur Ausführung des Auftrages habe. Der eigentliche Grund dieser Ablehnung soll aber ein dem Stadtoberhaupt vom Revolutions-Comité zugegangener Drohbrief und noch mehr die Furcht der Bevölkerung vor nihilistischen Brandstiftungen gewesen sein. Die Feuersbrunst in Dresden wird ebenfalls einer nihilistischen Brandstiftung zugeschrieben.

Politische Uebersicht.

Die gemeinschaftliche Note, welche der Vicekönig von Aegypten von England und Frankreich erhalten hat, verlangt (ohne indessen Ultimatum zu sein), einen vollständigen Wechsel im Regierungssystem Aegyptens, eine gründliche Finanzcontrole und die Beibehaltung zweier europäischer Minister im Conceil, deren Wahl nicht von der Billigung des Khevide abhängig ist. Der Khevide soll den

beiden Mächten geantwortet haben, daß er diesen Vorschlag dem Ministerconceil unterbreiten werde. Das heißt so viel, als die Angelegenheit auf die lange Bank schieben, wovon der Khevide allein den Nutzen hat.

Deutschland.

— (Staatsanwalt Tessenborn) in Berlin geht am 1. October als Staatspräsident an das Oberlandesgericht in Königsberg.
— (Herr v. Horn), Oberpräsident der Provinz Preußen, feierte am Montag sein 50-jähriges Dienstjubiläum.
— (Der Raubmörder Thürolf) ist am Sonntag im Zuchthause zu Sonnenberg, 25 J. alt, an der Schwinducht gestorben.
— (Commisbrot mit Käse.) Der Minister für Landwirtschaft hat mit dem Kriegsministerium Verhandlungen behufs Einführung von Käse in die Rationen der Soldaten eingeleitet, „um so den heimischen Markt für dieses Product zu vergrößern.“

Wie's gemacht wird.

Es ist viel Aufhebens davon gemacht worden, daß in dem Wahlkreise des Abg. Bamberger (Alzey bei Bingen, Rheinhessen) eine Anzahl Bürgermeister eine Zustimmungserklärung zu der Zollpolitik des Reichskanzlers erlassen hat. Zur Ergänzung können wir jetzt hinzufügen, daß der Bürgermeister von Alzey, dem Hauptorte des Wahlkreises, Dr. Seubert, im Gemeinderath wegen dieser Erklärung zur Regenschicht gezogen worden ist und in Folge dessen seine Entlassung genommen hat. Dr. Seubert ließ sich, da seine Auseinandersetzung vollständig befriedigt, wieder bewegen, im Amte zu verbleiben. Es stellte sich dann heraus, daß die Zustimmungserklärung des dortigen Wahlkreises durch „Ueber-rumpelung“ zu Stande gekommen ist. Das sieht den Schutzroll- und Steuererwilen ähnlich.

Parlamentarische Nachrichten.

Reichstag. Montag Sitzung. Der heutige Tag der Steuer- und Zolldebatten begann mit einer Rede des Abg. Richter-Sagen. Redner führte aus, eine dauerhafte Friedensperiode, welche aus der Epoche des bewaffneten Friedens uns erlöste, würde Handel und Wandel wieder zur Thätigkeit und Ruhe kommen lassen, während das künstliche Mittel des Schutzzollens nur wieder neue Verwirrungen und Umschläge in Zukunft zu bereiten müßte. Zu Gunsten der großen Eisenindustrie, überhaupt der Großindustrie, wollte man die Kleinen, die von Zöllen nichts wissen wollten, die alte, nicht in den Schwimbeljahren erst aufgekommene, unwirksame Kleinindustrie schützen, welche sich durch das Freihandelsystem eine Stellung auf dem Weltmarkt errangen, und von Schutzzöllen nichts wissen wollte. Bei der Landwirtschaft steht es bezüglich der Zölle nicht anders wie bei der Industrie. Die Kleineren werden unter den Schutz zöllen empfindlich leiden, die großen Grundbesitzer allein zunächst einigen Nutzen haben. Es seien nur vier Prozent Landbesitzer, welche über 30 Morgen inne hätten. Diese allein können vom Kornzoll — und das ist der landwirtschaftliche Hauptzoll — Nutzen haben. Auch den Bäckern käme derselbe nicht zu gute, denn dieselben würden in der Nacht gesteuert werden. Die Agitation sei von oben her in die Landwirtschaft, die keine Zölle verlange, hineingetragen worden; aber die Geister, die man gerufen, werden sich mit 25 Pfennigen Zoll nicht so leicht wieder heimischen lassen. Den konservativen Grundbesitzern sei überhaupt, wie die „Kreuz-Ztg.“ beweise, gar nicht so wohl bei diesen Zollprojecten zu Muth. Herr Reichensperger habe von Geh-Rättern

and Roulean
Goldarbeiten
Weißfärbung
Café
städtische
Vertrag den 8. Mai
8 Uhr, im Zuchthaus
Verordnung
den hiesigen
Prozeß
Zer
Donnerstag
Morgens 6 1/2
nach Leipzig
Morgens 6 1/2
Restaurations
Zar.
toger
marth
Schweine
Hühner
Butter
Hirsen
Stroh
Der Herr
bis 10 30

und dem grünen Tisch gesprochen, an dem früher unsere Zollpolitik gemacht worden sei. Jene „Geheimräthe“ seien die alten preussischen Beamten gewesen, denen der Staat lange, ehe es eine Verfassung oder gar ein deutsches Parlament gab, seine Größe verdankt. Daß diese Art von Beamten, welche nur ihrem Amte gelebt und die Fundamente des preussischen Staates gelegt hätten, jetzt in bedenklicher Weise abnehme, sei tief zu beklagen. Den neuen Zolltarif hätten ja auch Beamte entworfen am grünen Tisch, nur seien es solche gewesen, welche aus ihrer Kenntniß volkswirtschaftlicher Dinge so lange ein Geheimniß gemacht hätten, bis der Reichszolltarif sie dazu berufen habe, den in alle Verhältnisse tief einschneidenden Tarif festzustellen. Der Kanzler habe geftern fast bloß von Steuererlassen gesprochen, überhaupt mehr als preussischer Finanzminister wie als Reichszolltarif. Er hat Versprechungen sehr reichlich gemacht, aber nicht nachgewiesen, woher er das Geld zu einer Erfüllung nehmen will; daher ist finanziell das, was er in Aussicht gestellt hat, ohne praktischen Werth und der preussische Finanzminister mußte ihn sofort desavouiren und rectificiren. Das Verdienst der Rede Hübner's liegt nicht etwa in der Personenfrage, die sich möglicherweise daran knüpfen kann — denn der Kanzler würde ja leicht einen anderen Minister, der ihm nicht widerspricht, an seiner Stelle bekommen — sondern darin, daß der Finanzminister uns vorgerechnet hat, wie die Versprechungen von Steuererlassen, die wir vorgestern hörten, mit den hier vorgeschlagenen Zoll- und Steuerprojecten nicht auszuführen sind. Der Redner präcisirt die Stellung seiner Fraction dahin, daß sie sämtliche Vorlagen, ohne auf einen Compromiß einzugehen, verwerfen werde, daß sie aber zu einer gezielten Steuerreform die Hand biete. Petroleum, ferner Getreide, Vieh und alle nöthigen Lebensmittel würden sie jedoch unter keinen Umständen und den Tabak nur dann besteuern, wenn der betreffende Vorschlag auf ganz anderer Basis sich aufbaue als der jetzt vorliegende. Uebrigens seien die ganzen jetzigen Vorlagen in ihrem Zusammenhang noch mehr eine Maßfrage als eine Geldfrage. Er ermahnt bei Aufrechterhaltung des Steuerbewilligungsrechtes die Parteien, allen früheren Väter zu vergeffen und eng zusammenzusehen. (Lebhafte Beifall laut.)

Unter großer Spannung des Hauses erhob sich nun der Finanzminister Hübner, um in kurzer Rede zu constatiren, er sei falsch verstanden worden, wenn man aus seinen geizigen Auslassungen geschlossen habe, daß er sich im Widerspruch mit dem Reichszolltarif befinde. Er habe nur knapp berechnet, wie viel die Steuern und Zölle ergeben würden und wie viel Præsumen zur Ermäßigung jener bestehenden Steuern (nach seiner Berechnung im Abgeordnetenhaus) bedürfte. Denjenigen Mitgliedern des Reichstages, welche damals im preussischen Landtage mit ihm im Großen und Ganzen einverstanden gewesen, habe er geftern die Ueberzeugung geben wollen, daß thatsächlich jetzt nicht mehr an neuen Einnahmen im Reich verlangt würde, als zur Erfüllung jener damals proponirten Steuererlässe notwendig sei; bei dieser Berechnung verbleibe er. Nach Hübner ergreift zum ersten mal der Specialcommissar für die Vertheidigung des Zolltarifs, Geheimrath Thiede mann, das Wort, um von dem Abg. Richter aufgestellten Behauptung entgegenzutreten, die vorgeschlagenen Zölle seien im Interesse des Großhandels und des Großgrundbesitzes, sie drückten aber den kleinen Mann und den Bauer. Redner begründet seine entgegengesetzten Ausführungen mit einer Statistik der Substationen der Bauerngüter in den letzten Jahren.

Darauf ergreift der Abg. Dechelhäuser das Wort und präcisirt seinen Standpunkt zur ganzen Zoll- und Steuerreform dahin, daß er mit den Finanzplänen des Reichszolltarifs, mit der Ermäßigung der directen Steuern in den Einzelstaaten, mit der Tabaksteuererlässe und den projectirten Finanzplänen vollständig einverstanden sei, nicht aber mit den wirtschaftlichen Zöllen, so weit dieselben nicht durch die Nothlage einzelner Anbauverhältnisse dringend geboten seien. In ausführlicher Weise und an der Hand eines reichen statistischen Materials wies er nach, daß seit 1865 nicht, wie die Motive behaupten, ein Rückgang, sondern vielmehr ein Aufschwung der deutschen Industrie datire, und legte darauf die vielfachen Bedenken dar, welche der Wiedereinführung eines prononcirtten Schutzsystems nach einer schon weit vorgeschrittenen freien Entwicklung des Verkehrs entgegenstehen. Zum Schluß erklärte er sich entschieden gegen den Zollparagrafen des Zolltarifs, der eine zweischneidige Waffe sei und sich nur in sehr seltenen Fällen wirksam anwenden lasse. Hierauf wurde Vertagung beschlossen.

Die heutige Sitzung. Den heutigen Tag der Generaldebatte eröffnete vom Bundesrathesseite aus der bayrische Commissarius, Geh. Rath Meyer, mit einer Vertheidigung des neuen Zolltarifs, und zwar der darin enthaltenen Schutzzölle, welche fast allein der Gegenstand des Angriffs gewesen sind, da sich gegen die Finanzzölle im Allgemeinen nur der Abg. Richter-Hagen erklärt hat. Der folgende Redner, der Präsident der freien volkswirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages, Abg. Löwe, sprach im Allgemeinen über die finanzielle Lage der Vorlagen, die Abschaffung der Matriculbeiträge u. a. m. Das Haus hörte den schätzvollen Auseinandersetzungen eines alten Parlamentärs mit einer aus dessen früheren Verdiensten erklärlichen geduligen Ruhe zu. Am Schluß der Rede, als er seinen schon mitgetheilten

Antrag, betr. die geschäftliche Behandlung der Vorlagen, empfohlen hatte, wurde von dem Redner sogar einiger Beifall geendet. Abg. v. Malshahn-Giltz führte mit großem Geschick u. A. aus, daß man sich von den landwirtschaftlichen Zöllen nicht allzu viel versprechen möge. Da aber die Industrie Schutzzölle erhalten solle, so müsse man, um den Schaden, welcher aus den letzteren für die darnieder liegende Landwirtschaft erwachse, wenigstens einigermaßen wieder gut zu machen, die Getreidezölle annehmen. Das arme consumirende Publikum, das dann also doppelt schwarz zu tragen hätte.

Der Schwerpunkt der Verhandlung lag heute am Schluß. Dem, nachdem noch Hr. v. Arnobüller gesprochen, ergreift um 2 1/2 Uhr Bennigsen das Wort, um in fast zweistündiger Rede seine Stellung zu den Finanz- und handelspolitischen Vorlagen zu entwickeln. Das Haus folgte den wie immer äußerst klaren, scharfen und gewandten Ausführungen des Staatsmannes mit großer Spannung. Der Standpunkt, welchen der Führer des rechten Flügels der nationalliberalen Partei vertrat, war, wie erwartet werden durfte, ein weitestlich vermittelnder sowohl hinsichtlich der Finanzfragen, wie hinsichtlich der Zollreform. Mit der Aufhebung der Finanzzölle zu einer für die Eisenindustrie kritischen Zeit habe man einen schweren politischen Fehler begangen, aus dem die ganze gegenwärtige Interessenbewegung ihren Ursprung herleite. Der Redner erklärte sich bereit, eine mäßige Erhöhung verschiederer Zölle zu bewilligen, soweit das Bedürfniß im Einzelnen nachgewiesen sei und erheblich Interessen nicht geschädigt würden. Er betonte namentlich, daß jede Schädigung des Exportes und jede Beeinträchtigung des Transithandels vermieden werden müsse. Den Finanzzöllen stimmte er bei in dem Umfange, wie sie erforderlich seien, um eine Besserung der finanziellen Verhältnisse in den einzelnen Staaten herbeizuführen. Gen so war er mit der Tabaksteuererlässe einverstanden, während er die Brauereivorlage bis zum nächsten Jahre verschoben zu sehen wünschte. Mit besonderem Nachdruck betonte er dabei die Frage der constitutionellen Garantien, von denen überhaupt die Bewilligung indirecter Steuern für das Reich abhängig zu machen sei. Die Rechte des Reichstages müßten durchaus gewahrt werden, ja, es sei zu erwägen, ob demselben bei der bevorstehenden Steuerreform nicht ein größerer Einfluß hinsichtlich des Budgets als bisher einzuräumen sei. Die Ideen des Reichszolltarifs über eine Reform des preussischen Steuerwesens ließen auch unter Bennigsen's klarer Beleuchtung ihren wahren Charakter erkennen. Derselbe erklärte sich zwar bereit, auf eine Steuerreform einzugehen, auch im Wege des Erlasses der Klassensteuer in den unteren Klassen, doch hob er nachdrücklich hervor, daß hier mit weiser Mäßigkeit und mit der größten Vorsicht zu Werke gegangen werden müsse. Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Geschäftsordnungskommission hat dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen den Abg. Hasselmann wegen unbefugter Schiffscolportage zu ertheilen, Folge gegeben. Es wird dem Plenum ein schriftlicher Bericht abgestattet werden, der von Herrn Ackermann abgefaßt wird. Da das Haus noch in einem solchen Antrag verweilt hat, so find wir auf den Ausgang diesmal besonders gespannt.

Provinz und Umgegend.

† Herr Oberpräsident v. Patow hat für den Monat Mai d. J. eine Hauscollekte bei den evangelischen Einwohnern der Provinz Sachsen für die Zwecke der innern Mission in der Provinz auf Antrag des Provinzialauschusses bewilligt.

† Der „landwirtschaftliche Centralverein für die Provinz Sachsen u.“ wird diesmal seine (31.) Generalversammlung am 19. und 20. d. M. in Gotha abhalten, wo Tags zuvor auch ein „Wettrennen“ des Erfurter mitteldeutschen Kennvereins abgehalten werden wird und zwar wie gewöhnlich am „Vorberge.“ Die Hauptgegenstände der Berathung für die Generalversammlung sind folgende: 1) Rittergutsbesitzer-Sombart-Erbsleben: „Die Vorzüge der Bauernwirtschaften und Steigerung deren Erträge durch das Melkereiwesen.“ 2) Defonomierath Kobbe-Niedertoppstedt: „Dränge die landwirtschaftliche Lage Deutschlands zur Colonienbildung.“ 3) Generalsecretär Dr. Delius-Galle: „Die Fischerei-Ausstellung im Jahre 1880 zu Berlin und die bisherigen Erfolge der Fischzucht.“

† In Magdeburg sind mehrere Fälle von Flecktyphus vorgekommen.

† In Halle ist am Sonnabend die Polizei unter leicht befundene Straßen confiscirt und durch Zerbrechen vorläufig unerkäuflich machen lassen.

† Kreisgerichtsdirector Franz in Halle wird am 1. October als Präsident des Landgerichts

nach Greifswalde gehen. Ob der Staatsanwalt Woytack auch geht, haben wir nicht gehört.

† Fran K. ist die theure Gattin eines wohlhabenden Defonomen in einem Orte nicht weit vom Petersberge. Dieselbe schwärmt für Romane, mehr vielleicht als für Küche und Stricktrumpf, als nun kürzlich in der „Hallischen Zeitung“ eine Novelle: „Im weiten Russland“ erschien, fühlte sie sich von derselben so gefesselt, daß sie eines Tages es nicht erwarten konnte, „wie's weiter ging“. Aber sie wußte Rath. Da in Halle das Hauptblatt 24 Stunden früher ausgegeben wird, als es der Landbriefträger nach dem Orte am Petersberge bringt, mußte der Gemahl trotz der Bestellungen anspannen, seine bessere Hälfte nach Halle fahren, dort mit dem Geschirr vor einer Condiorei halten, bis sie in derselben die Fortsetzung gelesen und sie dann wieder heimkürschten. Es wäre angebracht, diesen Ehepaare zu Weisnachten und zwar ihr eine Waggonladung der neuesten Romane und ihm einen Riesentopffel zu verehren.

† Mit dem 1. Mai ist im Gefängnisse zu Naumburg die Centralanstalt für jugendliche Verbrecher eröffnet worden. — Herr Kreisgerichtsdirector Hesse dort ist zum Präsidenten des dortigen künftigen Landgerichts, Herr App.-Ger.-Rath Ströh. von Wotho zum Präsidenten des Landgerichts zu Frankfurt am Main ernannt worden.

† Es giebt ganz merkwürdige Clubs, aber der merkwürdigsten einer dürfte der „Hübner-und-Bräutigams-Club“ der Provinz Sachsen sein, welcher am Montag in Staßfurt ein Hund-Meeting abhielt. Das Programm war folgendes: 1) Ermunterungsfunde für deutsche Hunde; 2) Clubs-Preis für Hunde der Club-Mitglieder; 3) Prüfungsfunde für 1878 in Deutschland geborene Hunde. Wie die verschiedenen Caro's, Vello's und Diana's ihr Examen bestanden haben, wird nicht mitgeteilt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 8. Mai 1879.

** In der am 23. v. M. abgehaltenen Sitzung des Provinzialauschusses sind unter andern folgende Beschlüsse von speciellerem Interesse für unsere Leser gefaßt worden: Die Entscheidung über die Wahl eines Directors für die Irenanstalt in Alt-Scherbig wurde ausgesetzt, um zunächst noch in Erörterungen über allgemeine Einrichtungen für die Irenanstaltenverwaltung einzutreten. Die vom Landesdirector unter Mitwirkung einer Commission des Provinzialauschusses vorgelegten grundsätzlichen Bestimmungen für die Verwaltung der Gutswirtschaft der Irenanstalt Alt-Scherbig werden als vorläufige genehmigt und die Commission beauftragt, wegen definitiver Festsetzungen auf den Gegenstand später wieder zurückzukommen. In dem Ankauf eines Hausgrundstücks in Schützengasse für die Irenanstalt Alt-Scherbig wird die Genehmigung mit der Maßgabe ertheilt, daß das zu erwerbende Hausgrundstück an Stelle einer der noch zu erbauenden Willen tritt. Auf Anregung des Herrn Oberpräsidenten wird in Gemäßheit der desfallsigen Vorschriften der Provinzialordnung die Ausloosung der Hälfte der im März 1876 gewählten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Provinzialraths und der Bezirksräthe zu Staßfurt, Magdeburg und Merseburg vorgenommen. Es sind demnach die ausgetretenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der genannten Körperschaften sämmtlich durch Aclamation wieder gewählt.

** Die kgl. Regierung hieselbst macht bekannt, daß die Preise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer in den amtlichen Bekanntmachungen nicht mehr wie bisher nach den Rubriken „schwer, mittel, leicht“, sondern von 1. Mai an nach den Rubriken „gut, mittel, gering“ festzustellen sind.

** Der Kreisrat uneres Kreises hat die Errichtung einer Kreissparkasse beschlossen, welche 3 3/4 % Zinsen zahlen und auf Hypotheken „in der Regel“ gegen 5 % ausleihen soll. Es fragt sich aber, ob der Oberpräsident das Statut wird genehmigen können, da in der Sitzung verabsäumt ist, zu constatiren, ob für die Errichtung der Sparkasse die nach der Kreisordnung erforderliche Zweidrittelmajorität vorhanden gewesen ist.

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herenträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

Ersteinst:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag früh 7 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Nr. 72.

Donnerstag den 8. Mai.

1879.

Für die Monate Mai und Juni werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 54 resp. 80 Pf. von allen Hofanhalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen genommen.
Anserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.

Des Reichskanzlers Versprechungen und Forderungen.

Der Reichskanzler hat in der Rede, mit welcher er neulich im Reichstag die Generaldebatte über die wirtschaftlichen Vorlagen einleitete, mit einigen kräftigen Grundstrichen sein Steuerprogramm entworfen. Dasselbe bewegte sich freilich in den Grenzen, die man schon zu wiederholten Malen vom Reichskanzler hat vortragen hören, trieb aber das System bis auf die äußerste Spitze. Wenn die Pläne des Fürsten Bismarck sich verwirklichen ließen, so hätten wir bald so gut wie gar keine direkten Steuern mehr. Grundsteuer, Gewerbesteuer, Klassensteuer, Einkommensteuer, Alles will der Fürst mit der Zeit abschaffen. Nur noch einzelne wenige reiche Leute, die Einnahmen von über 6000 Mark haben oder deren einziges Geschäft im Couponabschneiden besteht, sollen direct Steuern bezahlen, Beamte von vornehmer steuerfrei sein. Fürwahr ein schönes Bild, das gar Manchen verlocken wird, die Rede des Reichskanzlers, die nicht müde wird, von dem Druck der Landwirtschaft und den Erleichterungen, die diesem Gewerbe gegeben werden müssen, zu sprechen, mit Beifall zu vernehmen. Vielleicht war sie auch vorzugsweise berechnet, im Lande draußen gehört zu werden und Stimmung zu machen. Es ging ein gewisser Ton hindurch, wie er sonst Wahlmanifester eigen ist. Wer kann auch wissen, ob nicht noch in diesem Sommer neue Wahlen zum Reichstag nötig werden! Jedenfalls stehen die Wahlen zum Reichstag nicht fern. Das Steuerprogramm des Reichskanzlers, das so verlockende Erleichterungen in Aussicht stellt, hat aber auch seine Reverso. Was mit der einen Hand erlassen wird, das wird mit der andern doppelt und dreifach gefordert. Die Entlastung an directen Steuern soll ermöglicht werden durch ein schrankenloses Anspannen der indirecten Steuern. Was jetzt vermittels des neuen Zolltarifs, des Tabak- und Brausteuerentwurfs verlangt wird, ist nur das Vorbild und die Einleitung zu weiteren Schritten auf dieser Bahn. Denn wenn man sozusagen Alles, woraus die Staatsverwaltungen bisher ihre Bedürfnisse deckten, abschaffen will, so müssen ganz ungeheure Summen auf andere Weise zusammengebracht werden. Das Reich soll, nach dem Ideal des Fürsten Bismarck, das ihm zulebende Steuergebiet, die Zölle und Consumtionsaristel, in dem allerweitesten Umfang ausnützen, so daß sich ein großer Ueberschuß aus der Reichskasse über die Einzelstaaten ergießen kann. Allein die Folgen einer so unmäßigen Ausdehnung des indirecten Steuer-systems würden sich bald genug fühlbar machen. Man pleget freilich zu Gunsten desselben zu sagen, die Steuerentrichtung finde in so kleinen Dosen und so allmählich statt, daß der Steuerzahler kaum etwas von der Abgaspung merke. Allein wir wollten einmal sehen, ob die Last nicht

beiden Mächten geantwortet haben, daß er diesen Vorschlag dem Ministerconceil unterbreiten werde. Das heißt so viel, als die Angelegenheit auf die lange Bank schieben, wovon der Rheidire allein den Nutzen hat.

Deutschland.

— (Staatsanwalt Tessenborn) in Berlin geht am 1. October als Staatspräsident an das Oberlandesgericht in Königsberg.

— Herr v. Horn, Oberpräsident der Provinz Preußen, feierte am Montag sein 50-jähriges Dienstjubiläum.

— (Der Raubmörder Thürolf) ist am Sonntag im Zuchthause zu Sonnenberg, 25 J. alt, an der Schwindsucht gestorben.

— (Commisbrot mit Käse.) Der Minister für Landwirtschaft hat mit dem Kriegsministerium Verhandlungen behufs Einführung von Käse in die Rationen der Soldaten eingeleitet, „um so den heimischen Markt für dieses Product zu vergrößern.“

Wie's gemacht wird.

Es ist viel Aufhebens davon gemacht worden, daß in dem Wahlkreise des Abg. Bamberger (Alzey bei Bingen, Rheinhessen) eine Anzahl Bürgermeister eine Zustimmungserklärung zu der Zollpolitik des Reichskanzlers erlassen hat. Zur Ergänzung können wir jetzt hinzufügen, daß der Bürgermeister von Alzey, dem Hauptorte des Wahlkreises, Dr. Seubert, im Gemeinderath wegen dieser Erklärung zur Rechenschaft gezogen worden ist und in Folge dessen seine Entlassung genommen hat. Dr. Seubert ließ sich, da seine Auseinandersetzung vollständig befriedigt, wieder bewegen, im Amte zu verbleiben. Es stellte sich dann heraus, daß die Zustimmungserklärung des dortigen Wahlkreises durch „Ueber-rumpelung“ zu Stande gekommen ist. Das sieht den Schutzroll- und Steuererzelen ähnlich.

Parlamentarische Nachrichten.

Reichstag. Montag Sitzung. Der heutige Tag der Steuer- und Zolldebatten begann mit einer Rede des Abg. Richter-Sagen. Redner führte aus, eine dauerhafte Friedensperiode, welche aus der Epoche des bewaffneten Friedens ins eldöse, würde Handel und Wandel wieder zur Thätigkeit und Ruhe kommen lassen, während das künstliche Mittel des Schutzzoll nur wieder neue Verwirrungen und Umschläge in Zukunft ausbreiten müßte. Zu Gunsten der großen Eisenindustrie, überhaupt der Großindustrie, wollte man die Kleinen, die von Böllen nichts wissen wollten, die alte, nicht in den Schwundelahren erst aufgekommene, arbeitslose Kleinindustrie schädigen, welche sich durch das Freihandels-system eine Stellung auf dem Weltmarkt errungen, und von Schutzzöllen nichts wissen wollte. Bei der Landwirtschaft steht es bezüglich der Bölle nicht anders wie bei der Industrie. Die Kleineren werden unter den Schutzzöllen empfindlich leiden, die großen Grundherren werden zunächst einigen Nutzen haben. Es seien nur vier Prozent Landbesitzer, welche über 30 Morgen inne hätten. Diese allein können vom Kornzoll — und das ist der landwirtschaftliche Hauptzoll — Nutzen haben. Auch den Bäckern käme derselbe nicht zu gute, denn dieselben würden in der Nacht gesteuert werden. Die Nation sei von oben her in die Landwirtschaft, die keine Bölle verlangte, hineingetragen worden. Aber die Gesetzgeber, die man gerufen, werden sich mit 25 Pfennigen Zoll nicht so leicht wieder heimischen lassen. Den konservativen Grundbesitzern sei überhaupt, wie die „Korn-Ztg.“ beweise, gar nicht so wohl bei diesen Zollprojecten zu Muth. Herr Reichensperger habe von Geh-Räthern

Politische Uebersicht.

Die russische Polizei verhaftet die Verdächtigen ohne Unterschied des Standes und gerade in der letzten Zeit sind viele hochgestellte Persönlichkeiten eingezogen worden. In der Nacht vom 24. auf den 25. v. M. wurde der Staatsrath, Senator und Rechtsanwalt Stassow verhaftet, ebenso wurde Pytkin, einer der Directoren der Staatsbank, von den Polizisten aus dem Bette gehoben und in die Citadelle abgeführt; dasselbe geschah auch mit seinem Bruder, Jaminskyn, Professor der Botanik an der Universität, ferner dessen Bruder, Professor der Musik am Conservatorium, Brusow, Director des Larinski-

